



HESSISCHER LANDTAG

18. 08. 2022

Kleine Anfrage

**Tobias Eckert (SPD), Heike Hofmann (Weiterstadt) (SPD),
Karin Hartmann (SPD), Rüdiger Holschuh (SPD) und
Oliver Ulloth (SPD) vom 22.06.2022**

Völkische Siedler in Hessen

und

Antwort

Minister des Innern und für Sport

Vorbemerkung Minister des Innern und für Sport:

Hessen hat mit der im Juli 2019 gebildeten Besonderen Aufbauorganisation (BAO) Hessen R den Druck auf die rechtsextremistische Szene und rechte Straftäter weiter erhöht.

Seitdem erfolgten unter Federführung der BAO Hessen R insgesamt bereits mehr als 410 konzentrierte polizeiliche Einsatzmaßnahmen gegen die „rechte Szene“ in Hessen. Hierbei wurden durch die Beamtinnen und Beamten über 300 Durchsuchungen und ca. 4.450 Sicherstellungen durchgeführt und rund 75 Szene-Veranstaltungen begleitet. Zudem wurden insgesamt 167 Haftbefehle gegen 153 Personen des rechten Spektrums vollstreckt.

Allein im Jahr 2021 vollstreckten die hessischen Ermittler im Bereich der PMK- rechts 95 Durchsuchungsbeschlüsse in Hessen, welche zur Sicherstellung von Waffen und NS-Devotionalien führten. Beispielhaft vollstreckte das Polizeipräsidium Nordhessen als Regionalabschnitt der BAO Hessen R am 10.09.2021 einen Durchsuchungsbeschluss des AG Kassel gegen einen polizeibekanntem politisch motivierten Straftäter, bei dem auch zahlreiche Waffen gefunden wurden, die wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Waffengesetz auch sichergestellt wurden. Diese Zahlen sind Belege für das konsequente Vorgehen der hessischen Sicherheitsbehörden und wichtige Erfolge im Kampf gegen den Rechtsextremismus.

Beim Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Hessen stehen aktuell allein etwa 55 Planstellen der Fachabteilung Rechtsextremismus – in der auch das Internetmonitoring stattfindet – zur Verfügung. Zu den Kernaufgaben dieser Abteilung gehören die Beschaffung von Erkenntnissen, – teilweise mit nachrichtendienstlichen Mitteln – die Bewertung dieser Erkenntnisse, die Erstellung von Analysen und Lagebildern sowie von Prognosen zur Entwicklung der rechtsextremistischen Szene. Diese Informationen werden den zuständigen Stellen (etwa Gefahrenabwehrbehörden oder politischen Entscheidungsträgern), sofern geboten und gesetzlich möglich zur Verfügung gestellt.

In Anbetracht der Erkenntnisse im Mordfall Dr. Lübcke wurde 2019 innerhalb der Abteilung die Organisationseinheit BIAREX (Bearbeitung integrierter bzw. abgetauchter Rechtsextremisten) geschaffen. Sie unterzieht Rechtsextremisten, die in der Vergangenheit zwar einschlägig rechtsextremistisch in Erscheinung getreten sind, in der Gegenwart aber – womöglich bereits seit vielen Jahren – eine unauffällige Biographie aufweisen, sukzessive einer vertieften Einzelfallanalyse. Dabei wird insbesondere überprüft, ob aktuell Radikalisierungspotenziale feststellbar sind oder, ob eine Loslösung von der rechtsextremistischen Szene plausibel erscheint. Durch die fokussierte Analyse von Einzelpersonen sollen Radikalisierungspotenziale frühzeitig erkannt werden, sodass Gegenmaßnahmen eingeleitet werden können. Der Ansatz einer vertieften Individualanalyse mit standardisierten Betrachtungsebenen stellt eine Ergänzung der bisherigen Methoden der Auswertung und einen weiteren Schritt im Ausbau der Analysekompetenz des LfV Hessen dar. 2020 erfolgte die Einrichtung der Einheit FOBAREX (Fokussierte operative Bearbeitung herausragender Akteure im Rechtsextremismus). Die Mitarbeiter dieser Einheit nehmen Rechtsextremisten in den Fokus, die als besonders relevant eingestuft wurden und unterziehen diese einer engmaschigen qualitativen personenspezifischen Analyse

Diese Vorbemerkung vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

- Frage 1. Welche Kenntnis hat die Landesregierung von Taktiken rechtsextremer völkischer Siedler in Hessen, insbesondere der „Anastasia-Bewegung“, sich im ländlichen Raum anzusiedeln?
- Frage 2. Welche völkischen Siedlungen und Siedlungsbewegungen sind der Landesregierung in Hessen aktuell bekannt? Bitte nach Landkreisen auflisten.
- Frage 3. Welchen Einfluss haben rechtsextremistische Parteien auf die völkischen Siedler und die „Anastasia-Bewegung“ in Hessen?
- Frage 3.a) Werden in Hessen rechtsextreme Siedler vom Verfassungsschutz beobachtet? Wenn nein, warum nicht?
- Frage 4. Gab es in den letzten zehn Jahren Veranstaltungen dieser Bewegungen in Hessen, um sich bundesweit mit anderen völkischen Siedlern zu vernetzen? Wenn ja, bitte die einzelnen Veranstaltungen auflisten.

Die Fragen 1 bis 4 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Von Rechtsextremisten geht grundsätzlich eine Gefahr für den Bestand der freiheitlichen demokratischen Grundordnung aus. Eine gesetzliche Aufgabe des LfV Hessen ist es, Bestrebungen, die gegen die Sicherheit des Bundes oder der Länder oder gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind, zu identifizieren und aufzuklären. Rechtsextremistische Bestrebungen – und damit auch durch Rechtsextremisten verfolgte Siedlungsprojekte – sind daher grundsätzlich vom gesetzlichen Beobachtungsauftrag erfasst.

Die Zielsetzung, autarke Lebens- und Versorgungsgemeinschaften zu schaffen bzw. sich in entsprechende Gemeinschaften zurückzuziehen, ist in Teilen des rechtsextremistischen Spektrums sowie der Szene der sogenannten Reichsbürger und Selbstverwalter verbreitet und kommt beispielsweise in völkischen Siedlungsprojekten oder Bestrebungen der Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter zur Errichtung eigener Versorgungs- und Verwaltungsstrukturen zum Ausdruck.

Das LfV Hessen sieht in extremistischen „Aussteiger-Projekten“ eine Gefahr, weil diese mit der ideologischen Abschottung des involvierten Personenkreises einhergehen und somit individuelle und kollektive Radikalisierungsprozesse befördern können. So können Verschwörungsnarrative und extremistische Ideologeme ihre Wirkung als „Radikalisierungsbeschleuniger“ innerhalb abgeschotteter Personenzusammenschlüsse noch effektiver entfalten.

Derzeit sind dem LfV Hessen keine durch Rechtsextremisten verfolgte Siedlungsprojekte im Sinne einer regional konzentrierten Ansiedlung in Hessen bekannt. Dem LfV Hessen ist jedoch gegenwärtig eine mittlere einstellige Anzahl an rechtsextremistisch genutzten Immobilien bekannt, welche der rechtsextremistischen Szene unter anderem als Anlauf-, Rückzugs-, Veranstaltungs-, Schulungs- sowie Vernetzungsortlichkeiten dienen. Sie sind somit für die rechtsextremistische Szene als Entfaltungs- und Aktivitätsräume von großer Bedeutung und werden deshalb in Hessen auch durch das LfV Hessen beobachtet.

Um Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene in rechtsextremistisch genutzten Immobilien zu erkennen und diese im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten konsequent zu unterbinden, steht das LfV Hessen im engen und fortwährenden Austausch mit den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder sowie den hessischen Polizeibehörden.

Die sogenannte „Anastasia-Bewegung“ ist zum aktuellen Zeitpunkt kein Beobachtungsobjekt des LfV Hessen. Daher liegen dem LfV Hessen keine strukturierten und den Anspruch auf Vollständigkeit erhebenden Erkenntnisse zur Gruppierung und deren Aktivitäten in Hessen vor. Gleichwohl prüft das LfV Hessen gemäß seinem gesetzlichen Auftrag die hier bekanntgewordenen Aktivitäten der sogenannten „Anastasia-Bewegung“ in Hessen fortlaufend auf das Vorliegen von tatsächlichen Anhaltspunkten für extremistische Bestrebungen. Dabei wurde dem LfV Hessen bekannt, dass hier als Angehörige der Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter bekannte hessische Einzelpersonen Bezüge zur sogenannten „Anastasia-Bewegung“ aufweisen. Darüber hinaus wurde dem LfV Hessen durch Internetrecherchen bekannt, dass mehrere Veranstaltungen der sogenannten „Anastasia-Bewegung“ in Hessen stattgefunden haben sollen, unter anderem das Anastasia Festival im Oktober 2014 auf Burg Ludwigstein im Werra-Meißner-Kreis, das Anastasia Festival im September 2016 in Antrifttal im Landkreis Vogelsbergkreis, ein weiteres Anastasia Festival 2016 in Poppenhausen im Landkreis Fulda und das Anastasia Festival im August bzw. September 2019 in Vöhl im Landkreis Waldeck-Frankenberg.

Die sogenannte „Anastasia-Bewegung“ ist von der gleichnamigen Buchreihe des russischen Autors Wladimir M. inspiriert. Die Bewegung hat sich einer esoterisch grundierten Rückbesinnung auf die Natur verschrieben, welche dem urbanen, hoch technisierten Leben gegenübergestellt

wird. Konkret drückt sich die Rückbesinnung in einer Hinwendung zu einem landwirtschaftlich und traditionell geprägten Leben, einer entsprechenden Fokussierung auf strukturschwache, ländliche Regionen und einem reaktionären Gesellschaftsverständnis aus. Die Anhänger der Bewegung versuchen gemäß den Ideen Anastasias zu leben, wobei sie die Werke M. als eine Art Anleitung verstehen, welche sämtliche Bereiche der Lebensführung (inkl. Geschlechterverhältnis und Kindererziehung) umfasst. Um im „Sinne Anastasias“ ihr Leben zu gestalten, gründen die Anhänger der Bewegung Familienlandsitze und verschreiben sich dem Prinzip der Selbstversorgung.

Derzeit sind dem LfV Hessen drei in Hessen ansässige „Familienlandsitzprojekte“ bekannt geworden, welche einen Bezug zur sogenannten „Anastasia-Bewegung“ aufweisen. Diese befinden sich zum Teil in der Planungsphase und können daher nicht konkret verortet werden. Ein Familienlandsitz mit Bezug zur sogenannten „Anastasia-Bewegung“ liegt im Landkreis Hersfeld-Rotenburg.

Frage 5. Werden betroffene Landkreise und Kommunen von der Landesregierung beraten und unterstützt? Wenn ja, wie?

Frage 5.a) Gibt es Aufklärungs- und Informationskampagnen, um die Bevölkerung über die völkischen Siedler zu unterrichten?

Die Fragen 5 und 5a werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Eine notwendige gesellschaftliche Auseinandersetzung mit extremistischen Positionen und Aktivitäten kann nur dann erfolgen, wenn Bürgerinnen und Bürger über sachgerechte Informationen verfügen. Um die Öffentlichkeit über extremistische Bestrebungen zu unterrichten und für deren Gefahren zu sensibilisieren, bietet das LfV Hessen für sämtliche extremistischen Phänomenbereiche Präventionsangebote an.

Mit dem Kompetenzzentrum Rechtsextremismus (KOREX) fokussiert sich beim LfV Hessen ein eigenes Dezernat innerhalb der Abteilung Prävention und Analyse auf die Präventionsarbeit im Phänomenbereich Rechtsextremismus. Hier werden Beratungsleistungen in konkreten Fällen (beratende Prävention) angeboten. Der Schwerpunkt liegt in der Durchführung von zielgruppenorientierten Informations- bzw. Sensibilisierungsveranstaltungen (aufklärende Prävention). Landkreise und Kommunen gehören zu den Zielgruppen dieses Präventionsangebots. Die Präventionsinhalte werden dabei stets an den aktuellen Entwicklungen und Dynamiken in den verschiedenen Phänomenbereichen ausgerichtet und an den jeweiligen Bedarfsträger angepasst. In diesem Rahmen kann auch das Spezialthema „völkische Siedler“ erörtert werden.

Die Mitarbeiter der Prävention stehen den Bedarfsträgern auch nach oder neben der Durchführung von Sensibilisierungsveranstaltungen oder Projekten als Ansprechpartner zur Verfügung.

Seit 2015 setzt die Hessische Landesregierung im Rahmen des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ erfolgreich Projekte zur Extremismusprävention um, die umfassende Informations-, Beratungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen beinhalten. Die Umsetzung der Projekte, die durch das im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport angesiedelte Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) koordiniert wird, erfolgt dabei unter enger Einbeziehung und Zusammenarbeit von staatlichen, zivilgesellschaftlichen und kommunalen Akteuren.

Beispielgebend für diese erfolgreiche Zusammenarbeit sind die in Hessen aufgebauten „Fachstellen für Demokratie und phänomenübergreifende Extremismusprävention“ (DEXT-Fachstellen) anzuführen, die mit Beginn der zweiten Förderphase des Landesprogramms (2020 bis 2024) in den hessischen Landkreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten eingerichtet werden können. Gegenwärtig sind rund 30 DEXT-Fachstellen aktiv, die auf lokaler und regionaler Ebene zu allen Phänomenbereichen des Extremismus Ansprechpartner und Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger sind, wenn verfassungsfeindliche und insbesondere rechtsextremistische Bestrebungen auftreten. Im Rahmen ihrer Aufgabenerledigung sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der DEXT-Fachstellen auch eng mit den wissenschaftlichen Fachkräften der regionalen Extremismusprävention in den hessischen Polizeipräsidien vernetzt.

Speziell zu dem Thema „Völkische Siedler“ haben zu Beginn des Jahres 2022 die fünf nordhessischen DEXT-Fachstellen zu einer kostenfreien und öffentlichen Informationsveranstaltung mit anschließender Diskussion im Rahmen der „Demokratiegespräche Nordhessen“ eingeladen und dabei den Fokus der Veranstaltung auf die Aktivitäten von völkischen Siedlern sowie auf praxisnahe Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Anhängerinnen und Anhängern der sogenannten Anastasia-Bewegung gelegt.

Im Rahmen seiner Förderung über das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ führt das in Marburg ansässige Demokratiezentrum Hessen mit dem dort angebundenen „Beratungsnetzwerk Hessen – Gemeinsam für Demokratie und gegen Rechts-

extremismus“ ebenso Präventions- und Bildungsveranstaltungen durch, um über das Thema „Völkische Siedler“ zu informieren und auf mögliche Querbezüge zur „Anastasia-Bewegung“ und der „Reichsbürger-Szene“ hinzuweisen. Jüngste Veranstaltungen, beispielsweise im Werra-Meißner-Kreis, in Darmstadt oder in Kassel, erreichten ein Publikum aus zivilgesellschaftlich Engagierten, Landwirtschaftsverbänden, Naturschutzverbänden oder auch pädagogischen Fachkräften aus Schulen oder der Jugendarbeit. Diese wichtige Präventionsarbeit beinhaltet auch das Angebot von Argumentationstrainings, die Bereitstellung von Umgangshilfen sowie die Begleitung von Prozessen der Leitbildentwicklung.

Ferner wird über das o.a. Landesprogramm das Projekt „Grauzone / historisch-politische Extremismusprävention zum völkisch-nationalistischen Milieu“ der Jugendbildungsstätte Ludwigstein finanziell gefördert. Dieses Projekt entwickelt über die Teilbereiche Archiv, Netzwerk und Angebote einen Kriterienkatalog zur ideologischen Einschätzung der Akteure und Gruppen des völkisch-nationalistischen Milieus und ihrer historischen Strömungen und lädt Verbände zum Kompetenzerwerb und Dialog über die Grenzen zwischen demokratisch und demokratiefeindlich ein. Dabei werden Informationen für Mitglieder hessischer Jugendverbände sowie für ehrenamtliche Multiplikatoren aus Landwirtschafts-, Naturschutz-, Pfadfinder- und Umweltverbänden zur Verfügung gestellt und Beratungen angeboten.

Darüber hinaus hat das Hessische Ministerium des Innern und für Sport die Informationsbroschüre „Freiheit und Demokratie stärken. Handlungsempfehlungen für Kommunen zum Umgang mit Rechtsextremismus“ herausgebracht. Die Broschüre unterstützt Kreise, Städte und Gemeinden in ihren Bemühungen, den Rechtsextremismus in all seinen Schattierungen konsequent, effektiv und langfristig zu bekämpfen. Für Hotel- und Gaststättenbetriebe hat das Hessische Ministerium des Innern und für Sport in Kooperation mit dem Hotel- und Gastronomieverband DEHOGA Hessen e.V. eine Broschüre mit dem Titel „Geschlossene Gesellschaft. Kein Raum für Rechtsextremisten.“ herausgegeben. Sie richtet sich insbesondere an (private) Vermieterinnen und Vermieter von Veranstaltungsräumlichkeiten und beinhaltet Informationen und Handlungsempfehlungen im Umgang mit Anmietversuchen durch Rechtsextremisten. Print-Exemplare beider Broschüren können über das Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) bestellt werden (→ HKE@hmdis.hessen.de).

Wiesbaden, 8. August 2022

In Vertretung:
Stefan Sauer